

# Staatsmann der deutschen Erneuerung : zum 90. Geburtstag Konrad Adenauers

Autor(en): **Guttenberg, Karl Theodor von und zu**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **45 (1965-1966)**

Heft 10

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-161777>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Staatsmann der deutschen Erneuerung

ZUM 90. GEBURTSTAG KONRAD ADENAUERS

KARL THEODOR VON UND ZU GUTTENBERG

Mit 90 Jahren ist Konrad Adenauer immer noch der — politisch außerordentlich aktive — Vorsitzende der größten deutschen Regierungspartei. Obwohl schon seit drei Jahren nicht mehr Kanzler, soll man seinen Einfluß nicht unterschätzen. Noch immer ist ein öffentliches Wort von ihm ein politisches Faktum, das heftig diskutiert wird (wie in den Stürmen der fünfziger Jahre) und damit fortwirkt. Er schreibt an seinen Erinnerungen, ohne jede literarische Ambition, mit der gleichen einfachen Nüchternheit, die ihn als Politiker auszeichnet. Das Echo auf den ersten Band läßt die Vermutung zu, daß auch diese schriftstellerische Tätigkeit des Altkanzlers politisch wirksam bleiben wird, vielleicht sogar mit den Jahren zunimmt. Der Mann und sein Werk waren immer schon heiß umkämpft; die Versuchung auf seiten seiner Gegner von früher oder von heute (die nicht immer die gleichen geblieben sind) ist sehr groß, den Konrad Adenauer von heute als ein Denkmal seiner selbst zu erklären, als einen Staatsmann, der sich überlebt habe, weil ihm ein zu langes Leben beschieden worden sei. Mitten in der politischen Landschaft der heutigen Bundesrepublik Deutschland nimmt sich aber der «alte Herr» oft aus wie jene Statue des Kompturs im «Don Juan», die die frivole Selbstgefälligkeit leichtfertiger politischer Feste stört, wie ein «uomo di pietra», um mit Leporello zu sprechen.

Winston Churchill, als Historiker und als historische Figur mit geschichtlichen Größenmaßstäben vertraut, hat Konrad Adenauer «den größten deutschen Staatsmann seit Bismarck» genannt. Adenauer selbst nimmt solche Vergleiche mit der für ihn typischen Nüchternheit hin. So sagte er einmal vor elf Jahren: «Ich lese da in der Auslandspresse, ...ich wolle in den Stiefeln Bismarcks wandeln. Ich kann Ihnen versichern, meine Herren, die sind mir viel zu groß.» Was auch immer er sich dabei gedacht haben mag, diese Erwiderung erinnert tatsächlich an die enormen Unterschiede der Ausgangspositionen, von denen aus sich die deutsche Politik der Bismarck-Zeit und der Adenauer-Ära entfalten konnte. Der damalige preußische Staatsmann konnte sich von dem in Deutschland aufkommenden Zeitgeist tragen lassen, der seit den Befreiungskriegen immer stärker wehte, und sich zugleich auf das geordnete Staatswesen der damaligen Großmacht Preußen, mit ihrer straffen inneren Disziplin, ausgezeichneten Verwaltung und starken militärischen Or-

ganisation stützen, umgeben von Großmächten, die ihm entweder gut gesinnt waren, wie Rußland und Großbritannien, oder schwach, wie Österreich-Ungarn und Frankreich. Solche «Stiefel» standen Adenauer 1949 und auch später niemals zur Verfügung. Als er Kanzler wurde, gab es einen deutschen Staat nur auf dem Papier und erst seit wenigen Tagen. Der Inhalt dieses Staates waren wirtschaftliches Elend, ein völlig gebrochenes nationales und staatspolitisches Bewußtsein, eine als Folge der alliierten Militäradministration, des uneingeschränkten Föderalismus und einer schematischen Entnazifizierung des Apparates chaotische Verwaltung. Als Adenauer 14 Jahre später — Bismarck war übrigens fast drei Jahrzehnte lang preußischer Ministerpräsident und Kanzler des Deutschen Reiches — sein Werk in die Hände Ludwig Erhards übergab, war der deutsche Staat auf dem wieder freigewordenen Teil seines Gebietes nicht nur eine der wichtigsten Wirtschaftsmächte der Welt und ein militärisch respektabler Faktor der westlichen Welt geworden, sondern auch ein im Bewußtsein der Bürger stabilisiertes, ordentlich verwaltetes und unter einer kontinuierlichen Regierungspolitik gedeihendes Staatswesen, ein Verbündeter der früheren Siegermächte im Westen und ein sehr beachteter Gesprächspartner — seit Adenauers Moskauer Besuch im Jahre 1954 — der großen und nach wie vor feindseligen Siegermacht im Osten. Es gibt wenig Beispiele für eine solche Leistung des Wiederaufstiegs, ungeachtet der Tatsache, daß die zentrale Aufgabe der deutschen Politik, die Wiederherstellung der Freiheit ganz Deutschlands, nach wie vor von der Erfüllung weit entfernt scheint. Das Phänomen läßt sich nicht einmal mit Frankreichs fast unmittelbarer Rückkehr in das Konzert der Mächte nach den napoleonischen Kriegen vergleichen, hat doch Talleyrand auf dem Wiener Kongreß ein territorial unversehrtes, in seinen wirtschaftlichen Strukturen fortbestehendes und von einem allseits als legitim und souverän anerkannten König regiertes Land vertreten können, das selbst in seiner militärischen Hoheit unangetastet blieb. (Und was die deutsche Wiedervereinigung betrifft, so täte man gut daran, sich zu erinnern, daß Frankreich selbst zu einer Zeit, in der kriegerische Mittel noch als dem «normalen Instrumentarium» der Politik zugehörig angesehen wurden, fast ein volles halbes Jahrhundert auf die Wiedereingliederung von Elsaß und Lothringen warten mußte; obwohl die substantielle Bedeutung jener Abtrennung zweier französischer Provinzen in keiner Weise mit dem weitaus tieferen Einschnitt der deutschen Territorialverluste im Osten und — vor allem — mit der Teilung Rest-Deutschlands verglichen werden kann).

Dabei war sich Adenauer am 1. September 1948, in der Eröffnungsrede als Präsident des verfassunggebenden parlamentarischen Rates, also noch vor der Neugründung eines deutschen Staates, der Ausgangspositionen völlig bewußt; er formulierte mit jenem nüchternen Realismus, der für ihn charakteristisch ist: «... ob man sich bei dem heutigen Zustand Deutschlands zur Mitarbeit überhaupt zur Verfügung stellen soll? Aber man muß sich klarmachen, was ge-

schehen würde, wenn dieser Rat nicht ins Leben träte. Der Zustand der Rechtlosigkeit. . . würde immer unerträglicher werden. Deshalb ist es unsere Pflicht, *jede* Möglichkeit zu benutzen, um diesen Zustand zu beenden. Welche Ergebnisse unsere Arbeit für Deutschland haben wird, hängt von Faktoren ab, auf die wir heute noch nicht einwirken können. Trotzdem wollen wir die historische Aufgabe, die uns gestellt ist, unter Gottes Schutz. . . mit dem ganzen Pflichtgefühl zu lösen versuchen, das die Größe dieser Aufgabe von uns verlangt.» Das war Adenauers erste «historische» Erklärung im entscheidenden Nachkriegsabschnitt seiner Laufbahn, die ihn schon in der Vorhitlerzeit einmal beinahe zur Kanzlerschaft gebracht hätte. Damals hatte er wegen Aussichtslosigkeit das Angebot der Parteien ausgeschlagen. Gereift und geläutert, hatte er offenbar seitdem erkannt, daß es «Ausweglosigkeiten» gibt, denen erst recht unabwendbare politische Aufgaben erwachsen; daß die Politik nicht nur «die Kunst des Möglichen» ist, wie es sich ein über viele Möglichkeiten verfügender Bismarck zu sagen leisten konnte, sondern daß sie auch manchmal die Kunst sein muß, «das Notwendige möglich zu machen», wie es vor wenigen Jahren F. J. Strauß formulierte, als er für die deutsche Politik nach Adenauer die Erfahrung der erstaunlichen Ära dieses Kanzlers erläutern wollte. Feste Zielsetzung und unerschöpfliche Geduld in der Durchführung, bei einem Mann erst recht exemplarisch, der im Alter von fast 74 Jahren die Regierungsgeschäfte übernommen hat, waren die Grundlage dieser politischen Kunst. So einmal vor Parteifreunden: «Ich halte es für unsinnig, die Erreichung des großen Ziels aufs Spiel zu setzen um einzelner Forderungen willen, die im übrigen, wenn sie berechtigt sind, später ganz von selbst und schrittweise ihre Erfüllung finden werden.» Ähnlich zum damals viel umstrittenen Besatzungsstatut: «Der einzige Weg zur Freiheit ist der, daß wir. . . unsere Freiheiten und unsere Zuständigkeiten Stück für Stück zu erweitern versuchen.» Zur Verteidigung des Schumann-Plans: «Glauben Sie mir: nach dem Krieg, der über die Welt hingegangen ist, bei der Atmosphäre, die infolge dieses Krieges in der Welt entstanden ist — bei alledem kommt man nur Schritt für Schritt und mit zäher Geduld vorwärts.» Das war ganz sicher eines der großen Geheimnisse Konrad Adenauers: «Geduld ist die stärkste Waffe des Besiegten, und ich kann warten. . .» Dieser Weisheit blieb er auch auf den Höhepunkten des Erfolges treu. Er war schon ein gefeierter Staatsmann des Westens, als er in London auf Fragen der Presseleute über das Datum des Eintritts der Bundesrepublik in den Atlantikpakt lächelnd antwortete, auf italienisch (obwohl er sonst selten Fremdwörter, geschweige denn fremdsprachige Zitate verwendet): «Chi va piano, va sano. . .» Diese politische Kunst hatte jener italienische Korrespondent begriffen, der daraufhin laut hinzufügte: «. . . e lontano.» Auf diese Weise ist Konrad Adenauer, der sich selbst in einer Pariser Tischrede einen «durch und durch nüchternen und realistischen Menschen» nannte, soweit gekommen, daß in den späten fünfziger Jahren ein Mann wie John Foster Dulles auf den

Vorwurf, der wirkliche Leiter der amerikanischen Außenpolitik sei der deutsche Kanzler, mit Achselzucken antwortete: «Wüßten Sie denn jemanden besseren?»

Realismus, Geduld, schrittweises Vorgehen, das sind einige Eigenschaften des Adenauer-Systems gewesen. Seitdem er nicht mehr die Regierungsgeschäfte in Bonn führt, ist schon oft versucht worden, die Wesenszüge seiner Politik zu ergründen. Sieht man vom schwer zugänglichen Geheimnis der Autorität ab, die allen Angriffen der Opposition und der Feindseligkeit eines großen Teils der Presse standhielt, bleibt ein System von Konzeption, Zielsetzung und Prioritäten übrig, das einfach in seinem Gefüge, kompliziert aber in der Handhabung war. Aus den Tatsachen der Katastrophe des braunen Reiches, die Deutschland zum Spielball der Mächte werden ließ, leitete Adenauer das Primat der Außenpolitik ab; dieser setzte er als in der Skala der Ideen und Werte höchstes Ziel die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit. Da die Erreichung dieses Zieles unter den gegebenen Machtverhältnissen nicht von heute auf morgen erwartet werden konnte, Westdeutschland aber die einzige Möglichkeit der Staatsbildung und damit einer deutschen Politik bot, legte er in der zeitlichen und praktischen Rangordnung die Priorität der Aufgaben wie Sicherheit, Gleichberechtigung und internationale Wirkungsfähigkeit der Bundesrepublik fest. Die Grundlage dieser Sicherheits- und Gleichberechtigungspolitik war für ihn das Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika, die allein stark genug sind, um eine wirksame Schutzgarantie zu gewähren und keinen Anlaß haben, ein wiedererstarktes Deutschland als Gefahr zu empfinden. Um Widerstände und Vorbehalte der europäischen Mächte zu überwinden, aber vor allem auch, um dem von den Chimären einer schnellen und schmerzlosen Wiedervereinigung unter sowjetischen Bedingungen heimgesuchten Westdeutschland einen festen Platz und Rahmen zu geben, machte Adenauer die Einigung Europas zur großen, zündenden Idee seiner Politik, was übrigens auch seinem persönlichen und intimen kulturhistorischen Weltbild durchaus entsprach. Diese Europapolitik stand jedoch wieder im Zeichen der realistischen Unterscheidung zwischen Maximum und Minimum, zwischen Optimum und dem Möglichen. Adenauers Fernziel war das große Westeuropa. Churchills «Wir bleiben Nachbarn mit Europa, aber nicht in Europa», woran sich seitdem auch alle Nachfolger des großen Briten gehalten haben, war deshalb eines der großen Hindernisse auf seinem Wege. Aber fraglos betrachtete Adenauer die französisch-deutsche Gemeinsamkeit als die unerläßliche erste Voraussetzung selbst des allerkleinsten aller denkbaren europäischen Zusammenschlüsse, woraus sich für ihn wieder eine unabwendbare Priorität ergab. Dieser Staatsmann, der seine Jugend noch im vergangenen Jahrhundert verlebte und 1945 schon sieben Jahrzehnte seines Lebens hinter sich gebracht hatte, hat auch sofort die neuen Dimensionen der Macht, wie sie die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts auszeichnen, begriffen: Ein einiges Europa schien ihm auch als Machtfaktor,

anstelle der sogenannten europäischen Mächte, unerlässlich zu sein, als Voraussetzung für ein neues Gleichgewicht in der Welt und damit auch für eine dauerhafte Friedensordnung. «Es ist eine Schicksalsfrage», schreibt er in einer Denkschrift, die er am 7. Mai 1950 dem Kabinett vorlegte, «ob das deutsche Volk wünscht, daß Europa zwischen den großen Machtblöcken der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in Nationalstaaten aufgespalten bleiben soll, die sich politisch befehden und wirtschaftlich gegeneinander arbeiten, oder ob Europa zu einem politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß gelangt, der ihm Eigengewicht und innere Stabilität verleiht. . . Das vereinte Europa ist die einzige Möglichkeit, eine dritte Kraft zu schaffen, die ihr Gewicht für die Erhaltung des Friedens in die Waagschale legen kann.» In diese langfristige Perspektive der Weltpolitik stellte Adenauer außer der europäischen Vereinigung frühzeitig auch das chinesische Machtphänomen (als einer der ersten westlichen Staatsmänner schon seit dem Anfang der fünfziger Jahre), die Lockerung des sowjetischen Machtsystems im Satellitenbereich und den unvermeidlichen Wandel in der Machtstruktur der Sowjetunion.

Dieses System von Zielen, Prioritäten und Erwartungen kann aber nur verstanden werden, wenn wieder an die methodischen Grundlagen erinnert wird: Geduld, Beachtung des Zeitfaktors, Anpassung an die Möglichkeiten des Augenblicks und stete, aber behutsame Beweglichkeit. Diese Anpassungsfähigkeit und Beweglichkeit hat Adenauer nach allen Seiten angewandt: als er plötzlich 1954 nach Moskau reiste und damit erreichte, daß die Bundesrepublik als der einzige deutsche Staat mit allen vier Siegermächten von Potsdam normale diplomatische Beziehungen erlangte; als er es seit 1960 gegenüber Washington verstand, zugleich absolute Bündnistreue aufrechtzuerhalten und doch eine kritische Haltung einer teilweise fragwürdigen Entspannungspolitik gegenüber einzunehmen; als er von der in Paris gescheiterten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft auf die direkte NATO-Grundlage hinüberwechselte; als er de Gaulle und dessen Europapolitik für eine «Tatsache des Lebens» nahm und der deutschen Politik die Aufgabe setzte, das europäische Ziel auch mit einem gaullistischen Partner unbeirrt weiter zu verfolgen und zugleich das verbindende Element zwischen einem Europa mit de Gaulle und dem Amerika Kennedys zu bleiben. Im Alter von 85 Jahren hat dieser Staatsmann eine Politik verfolgt, die davon ausging, daß de Gaulle zumindest zehn Jahre an der Macht bleiben wird, daß Europa nicht warten kann, daß Fortschritte immer und in mancherlei Form möglich sind und daß die Früchte einer solchen abwartenden und doch aktiven Politik sich irgendwann später einstellen werden, gleich ob er selbst es noch erleben oder nicht erleben werde.

Gewiß, das ist nur ein sehr unzulänglicher Versuch, das Adenauersche System zu ergründen. Die Ära dieses Kanzlers ist noch zu nahe, um aus dem notwendigen Abstand zu reden. Andererseits ist aber auch der Unterschied im Stil der deutschen Politik während dieser kurzen drei Jahre seit dem Abgang

Adenauers außerordentlich deutlich geworden; und auch die außenpolitische Position der Bundesrepublik selbst ist in so viele neue Schwierigkeiten geraten, daß es uns gerade die Veränderungen erlauben, die Wesenszüge der Adenauer-Periode leichter zu begreifen.

Es war ein tragischer Fehler Wilhelms II., Bismarck gerade in dem Augenblick zu verabschieden, als die sich anbahnende russisch-französische Allianz den Einfluß des Kanzlers in St. Petersburg und seine dem Drei-Kaiser-Vertrag und dem späteren Rückversicherungsvertrag zugrunde liegende Konzeption mehr denn je erforderlich machte. Die Parlamentarier der demokratischen Bundesrepublik Deutschland haben auf Grund einer Kombination von wahlpolitischen Erwägungen und — wie man heute sieht — Illusionen über die außenpolitische Lage Konrad Adenauer in einem Augenblick gehen lassen, als die deutsche Position zwischen Paris und Washington und angesichts eines Wandels des Verhältnisses Washington-Moskau heikel zu werden begann. Die Ablösung im Kanzleramt, nach einer so langen Regierungszeit eines so außergewöhnlichen Staatsmannes, mußte unweigerlich eine kritische Zäsur in der Kontinuität der Autorität mit sich bringen. Der Außenpolitik fehlte zunächst jenes Vertrauenskapital, das Adenauer sowohl in Paris als in Washington hatte, ohne von der besonderen Art des Ansehens zu reden, das er selbst bei den Präsidiums-Mitgliedern im Kreml genoß. Das abgewogene Verhältnis von Pragmatismus, Zielstrebigkeit, Kontinuität und Geduld wich der Bewegungslosigkeit einer Übergangszeit, über die keine Rede von Politik der Beweglichkeit und Flexibilität und keine ostentative Diplomatie hinwegzutäuschen vermag.

Sehr kritisch — und aktiv — wohnt Konrad Adenauer der gegenwärtigen Periode der deutschen Politik bei. Er versucht darüber zu wachen und darauf Einfluß zu nehmen, daß die Rangordnung der Ziele und die methodische Systematik seiner Regierungszeit nicht in Vergessenheit geraten. Er versucht durch Wort und Tat — wenn auch leider meist mißverstanden — die Wege zu weisen, auf denen die Erschütterungen ausgeglichen werden könnten, die sein Abgang hervorgerufen hat. Die Autorität der deutschen Politik nach außen und innen empfiehlt er dadurch wiederherzustellen, daß dem Kabinett und seiner Politik eine stärkere und breitere Basis sowohl im Bundestag als durch personelle Zusammensetzung verliehen wird. Dem Neunzigjährigen schwebt eine geistige und generationsmäßige Erneuerung der Unionsparteien und eine Art nationale Union in Fragen der großen deutschen Politik vor. Obwohl nicht mehr Regierungschef, setzt er sich immer wieder neue Ziele. Offensichtlich, um einst am Ende seines Lebens wiederholen zu können, was er schon einmal, beim Verlassen des Amtes, in dem er zu einer historischen Gestalt geworden war, so formulierte: «Ich habe den Wunsch, daß später einmal, wenn die Menschen über den Nebel und Staub dieser Zeit hinwegsehen, von mir gesagt werden kann, daß ich meine Pflicht getan habe.»